

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Rieser,
Zentrum Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen.

Postkassentel.: Dresden 1584
Strohhof Nr. 52.

Nr. 248.

Freitag, 23. Oktober 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundstiftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Letzt-Tarife, Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versandt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rüchzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Kamper & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Rieser.

Der Gegenstab über Locarno ausgebrochen.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 23. Oktober 1925.
Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages ist der Gegenstab zwischen den Deutschnationalen und den leitenden Staatsmännern der Regierung Luther-Stresemann offen zum Ausdruck gelangt. Das Reichskabinett hatte vor Beginn der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses seine Beratungen zum Abschluss gebracht und ließ durch Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann die Auffassung der Regierung vortragen. Die Gedankengänge der Regierung bewegen sich in der Richtung, daß man deutscherseits die nächsten Wochen dazu benutzen müsse, um die Lösung der politischen Nebenfragen und der Rückwirkungen des Paktes auf die Rheinlandsbesetzung in befruchtendem Sinne herbeizuführen. Hierzu sind bereits die diplomatischen Vorbereitungen des Reichskabinetts soweit gediehen, daß schon in kürzester Frist mit einem offiziellen Gedanken-austausch zwischen Berlin, Paris, London und Brüssel zu rechnen sein wird. Zur größten Ueberraschung der Regierungsvertreter und der anderen Parteien gaben die Vertreter der Deutschnationalen Reichstagsfraktion jedoch die Erklärung ab, daß man mit dem Ergebnis der Verhandlungen von Locarno nicht die Erfüllung der Forderungen sehe, die den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht werden. Die Deutschnationale Fraktion erklärte schon jetzt, daß sie keinen Vertrag zustimmen werde, der diese Lebensnotwendigkeiten nicht gerecht wird und der insbesondere einen Verzicht auf deutsches Land und Volk nicht ausschließt.

Die Formulierung der deutschnationalen Erklärung bedeutet aber noch nicht den Ausbruch einer Regierungskrise. Sie enthält lediglich eine Herausforderung an den Reichskanzler Dr. Luther und an den Außenminister Dr. Stresemann, denen als Führer der deutschen Delegation in Locarno zunächst in offener Form die Billigung ihres Vorgehens verweigert wird. Nach Auffassung der maßgebenden Kreise der Regierungsparteien sind durch dieses Vorgehen der Deutschnationalen ernste innenpolitische Schwierigkeiten geschaffen worden, die nur dann beseitigt werden können, wenn es gelingt, die Auffassung der Reichsregierung mit der der Deutschnationalen in Einklang zu bringen. Der Gegenstab, der jetzt offen zu Tage getreten ist, besteht darin, daß die Reichsregierung sich rückhaltlos hinter den Reichskanzler und den Außenminister stellt und das Vorgehen der deutschen Delegation in Locarno billigt, während die Deutschnationale Reichstagsfraktion sich auf den Standpunkt stellt, daß die von den deutschen Delegierten auf der Konferenz erzielten Erfolge ansehbar seien und nicht den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Politik entsprächen. Schon seit mehreren Tagen haben die führenden Kreise der Deutschnationalen durch die Presse eine Darstellung verbreiten lassen, in der es heißt, daß durch das eingehende Studium der einzelnen Bestimmungen des Vertragswerkes von Locarno sehr ernste Bedenken aufgetaucht seien. Im Gegenstab zu den Vertretern der Reichsregierung, die in Locarno die erfolgreiche Durchsetzung der deutschen Forderungen erreicht zu haben glauben, betont die deutschnationale Darstellung, daß der Vertrag von Locarno weiter nichts bedeute als die nochmalige Anerkennung des Versailler Diktates und den endgültigen Verzicht auf deutsches Gebiet. Demgegenüber wird von maßgebender Regierungssseite darauf hingewiesen, daß in keiner Stelle des Vertragswerkes von einem Verzicht auf die abgetretenen Gebiete die Rede sei und daß namentlich hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen jede Garantieung des gegenwärtigen polnischen Besitzstandes abgelehnt wurde. Der Vertrag von Versailles als solcher habe überhaupt nicht mehr zur Geltung gestanden, sobald in keiner Weise der Vorwurf berechtigt sei, Deutschland sei zur nochmaligen Anerkennung des Friedensvertrages gezwungen worden.

Die führenden Parlamentarier der Deutschen Volkspartei, die die neugeschaffene Situation sehr ernst beurteilen, sind der Meinung, daß es möglich sein werde, den Gegenstab zwischen der Regierung und den Deutschnationalen zu überbrücken. Es werde dabei allerdings notwendig sein, verschiedene Mißverständnisse aufzuklären, die in der deutschnationalen Stellungnahme aufgetaucht seien. Im übrigen werde man abwarten müssen, welche Gegenäußerungen von Seiten der Regierung zu der Entschließung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion erfolgen werden.

Der Reichskanzler verhandelt.

Berlin, Reichskanzler Dr. Luther wird nunmehr die Besprechungen mit den deutschnationalen Führern fortsetzen, um eine einheitliche Auffassung über die außenpolitischen Entscheidungen herbeizuführen. In den politischen Kreisen verlautet, daß der Reichskanzler auch die Führer der anderen Regierungsparteien, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, zu diesen Verhandlungen hinzuziehen und auf die Gefahren aufmerksam machen wird, die sich aus einem Fortbestehen der Meinungsverschiedenheiten über die Locarno-Verträge ergeben könnten.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Washington.

New York. Nach einer Meldung der New York World aus Washington hatte Reichsbankpräsident Dr. Schacht Besprechungen mit Beamten des Schatzamtes und hatte dem Schatzsekretär Mellon sowie Mitgliedern des Federal Reserve Board Besuche ab. Der Leiter des Federal Reserve Board gab zu Ehren des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ein Festmahl.

Die neue Balkankrise.

Der bulgarisch-griechische Grenzzwischenfall.

Athen. (Junkfruch.) Amlich wird gemeldet, daß die Bulgaren in Demir Capu Verstärkungen erhalten haben. Der griechische Oberbefehlshaber unternimmt eine Einkreisungsbewegung an den Ohren von Petritsch um die Bulgaren zur Räumung des griechischen Gebiets zu zwingen. Man glaubt, daß der Fall von Petritsch unmittelbar bevorstehe. Die Bulgaren leisteten beträchtlichen Widerstand. Die griechischen Verluste seien gering. 7 Bulgaren wurden gefangen genommen.

London. (Junkfruch.) Eine am Mittwoch aus Athen abgegangene Neutermelung besagt, daß die Bulgaren das griechische Gebiet geräumt hätten. Die griechische Regierung habe daher dem Vorrücken der griechischen Truppen Einhalt geboten, wenn diese auch ihre Stellungen halten würden, bis Bulgarien die griechische Note beantwortet habe.

Bericht der Bulgarischen Gesandtschaft in Berlin.

Berlin. Zu dem bulgarisch-griechischen Grenzzwischenfall erklärt das Pressbüro der Bulgarischen Gesandtschaft in Berlin auf Grund der bei ihr aus Sofia eingegangenen Nachrichten:

Sofort nach der Lösung des griechischen Soldaten auf bulgarischem Gebiet haben die Bewegungen und Konzentrationen großer griechischer Streitkräfte, die, wie aus allem ersichtlich, schon in Bereitschaft gehalten waren, hervorgebrochen. Nach einer Weisung von griechischer Seite, welcher die Bulgaren sich vergeblich bemühten, ein Ende zu machen, haben bedeutende griechische Kräfte, mit Artillerie versehen, was in diesen Gebirgsgegenden sehr auffallend ist, von allen Seiten die bulgarischen Grenzposten Nr. 9, 10 und 11 angegriffen, besetzt und sind dann weiter in das bulgarische Territorium eingedrungen. Die Stadt Petritsch ist bereits von Artillerie beschossen worden.

Wenn alle diese Tatsachen — das Vorhandensein so großer griechischer Militärkräfte an der Grenze und deren plötzliches Eindringen in bulgarisches Gebiet — mit dem Umstand verbunden werden, daß die griechische Regierung den dreimal wiederholten Vorschlag der bulgarischen Regierung zwecks Einsetzung einer Untersuchungskommission ostentativ unbeantwortet gelassen hat, so ergibt sich die unumstößliche Feststellung, daß wir es in dem Falle mit einem von griechischer Seite seit langem vorbereiteten Angriff zu tun haben.

Bulgarische halbamtliche Erklärungen zum Grenzzwischenfall.

Sofia. (Meldung der Bulgarischen Telegraphenagentur.) Gestern abend überreichte der griechische Geschäftsträger bei dem hiesigen Departement der auswärtigen Angelegenheiten eine Note, die eine Reihe von Forderungen

Der gestrige Kabinettsbeschluss.

Berlin. Unter der Überschrift „Die Einkimmigkeit des Reichskabinetts“ schreibt die Täg. Rundschau: Das Reichskabinett hat gestern vor dem Zutritt des Auswärtigen Ausschusses seine Beratungen noch in einer kurzen Sitzung zum Abschluss gebracht. Die Beratung ist durch einen Beschluss zu Ende geführt worden, der zwar nicht veröffentlicht worden ist, der aber ganz deutlich zu erkennen gibt, daß das Kabinett insgesamt auf dem Boden dessen steht, was in Locarno erreicht worden ist. Dieser Haltung entsprechend hat denn auch das Kabinett den Reichsaussenminister damit beauftragt, die Haltung der Regierung vor dem Auswärtigen Ausschuss darzulegen. Es steht also außer allem Zweifel, daß die Darlegungen des Außenministers den Standpunkt der Regierung darlegen. Im Anschluß an die Ausführungen Dr. Stresemanns stellte auf eine Anfrage des Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) Reichskanzler Dr. Luther ausdrücklich fest, daß Dr. Stresemann in voller Übereinstimmung mit der Auffassung des Kabinetts gesprochen habe.

Die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin. Ueber die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wissen einige Blätter noch mitzuteilen, in den Reden der einzelnen Abgeordneten sei zum Ausdruck gekommen, daß alle Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten die Haltung der deutschen Delegation in Locarno gebilligt haben. Von all diesen Parteien sei es aber auch als selbstverständlich angesehen, daß die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Vertrages von Locarno erst fallen könne, wenn sich die politischen Rückwirkungen von Locarno, die von den Hauptdelegierten der Westmächte mündlich zugesagt worden sind, deutlich bemerkbar gemacht haben. Beachtung gefunden habe die Erklärung des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitfeld, daß seine Partei im Reichstag für die kommenden Gelegenheiten nur dann stimmen werde, wenn auch die Deutschnationalen ihnen ihre Zustimmung geben werden. Der Wortführer der Demokraten habe für seine Partei sich ähnlich geäußert.

gen enthält, Genugtuung verlangt und verleiht, Bulgarien für den Zwischenfall verantwortlich zu machen. Wie wir hören, lehnt die bulgarische Regierung jede Verantwortlichkeit für diesen Vorfall, den sie als durch Griechenland herbeigeführt betrachtet, ab. Da die Sache gemäß den Satzungen des Völkerbundes dem Völkerbundsrat schon unterbreitet wurde, beabsichtigt Bulgarien nicht, die griechische Note zu beantworten.

Einberufung des Völkerbundsrates wegen des griechisch-bulgarischen Konflikts.

Genf. (Junkfruch.) Der Generalsekretär des Völkerbundes hat im Einverständnis mit dem amtierenden Vorsitzenden des Völkerbundsrates, Irland, den Rat auf Montag, den 26. 10. um 4.30 nachm. nach Paris einberufen, um sich mit dem zwischen Griechenland und Bulgarien ausgebrochenen Konflikt zu beschäftigen.

Der bulgarisch-griechische Grenzzwischenfall in griechischer Darstellung.

Athen. (Meldung der Agence d'Athènes.) Die gestern abend der bulgarischen Gesandtschaft in Athen überreichte Verbalnote der griechischen Regierung wurde dem griechischen Geschäftsträger in Sofia gelaufen, der sie der bulgarischen Regierung aushändigt wird. Die Note beginnt mit einer Darstellung des Grenzzwischenfalles. Danach griffen am 10. Oktober um 2 Uhr nachmittags bulgarische Truppen den griechischen Grenzposten Nr. 9 in Gebiet von Demir Hissar an und lösterten die griechische Schütztruppe. Da auf der ganzen Linie vom Posten 67 bis zum Posten 69 geschossen wurde, begab sich der Hauptmann der griechischen Deckungskompagnie sofort nach vorne und besaß, daß Feuer einzustellen, was unverzüglich geschah. Als sich aber der Hauptmann mit einer weißen Fahne den bulgarischen Posten näherte, um sich mit den Offizieren zu verständigen, wurde er erschossen. Das Feuer dauerte dann bis zum Abend an. Die Bulgaren zogen Truppen in der Stärke eines Bataillons zusammen, die mit Maschinengewehren versehen waren und besetzten die Höhen, die die griechischen Stellungen beherrschten. Das griechische Blockhaus Nr. 69 wurde von ihnen eingenommen. In der Nacht zum 20. gelang es den inzwischen verstärkten griechischen Posten, alle verlorenen Stellungen mit Ausnahme des oben erwähnten Blockhauses zurückzuerobern. Die Note weist dann darauf hin, daß sich bulgarische Truppen noch jetzt auf griechischem Gebiet aufhalten. Sie sagt ferner, daß der Oberkommandierende der griechischen Truppen Befehl erhalten habe, dem Einbruch der Bulgaren Einhalt zu tun und alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihm zur Sicherung des nationalen Gebietes geeignet erschienen. Sie sagt zum Schluß, daß die griechische Regierung, ohne die nationale Würde preiszugeben, bei einem solchen unprovozierten Angriff nicht gleichgültig bleiben könne, und verlangt von der bulgarischen Regierung, daß sie ihr Bedauern offiziell ausgespreche, die Schuldigen bestrafe und den Familien der Opfer eine Entschädigung von 6 Millionen Drachmen zahle.

Besprechungen der Deutschen Volkspartei.

Berlin. Die führenden Kreise der Deutschen Volkspartei haben jetzt ebenfalls die Besprechungen über die Locarno-Verträge aufgenommen. Wie wir hören, hat Außenminister Dr. Stresemann nunmehr die Initiative ergriffen, um die Organisation der Deutschen Volkspartei über den Charakter der Valtverträge zu informieren und die einheitliche Stellungnahme der Partei festzustellen. Minister Dr. Stresemann wird sich nach Karlsruhe begeben, um dort in einer hochpolitischen Rede die Ergebnisse von Locarno darzulegen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Deutsche Volkspartei sich mit aller Entschiedenheit hinter Dr. Stresemann stellen wird.

Bevorstehende deutsche Note an die Alliierten.

Berlin. Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung in den nächsten Tagen an die alliierten Regierungen eine Note richten, die unter Bezugnahme auf die Ergebnisse der Konferenz von Locarno die sofortige Einleitung der Entlastungsfrage fordern wird. In der deutschen Note soll insbesondere auf die deutschen Erklärungen über die Rückwirkungen des Paktes auf die besetzten Gebiete und auf die politischen Nebenfragen hingewiesen werden, deren Ziel es ist, die noch vorhandenen Konfliktstoffe vor dem Abschluss des Vertrages von Locarno zu beseitigen. Die deutsche Regierung schlägt vor, auf dem Verhandlungswege besondere Abmachungen hierüber zu treffen.

Die Riffente beschließen Letuan.

Paris. (Junkfruch.) Chicago Tribune erfährt aus Gibraltar, daß die Riffente Letuan beschließen sollen. Der Palast des spanischen Oberkommandanten sei bereits von mehreren Granaten getroffen worden.